

sicherweise waren der König und der Herzog milder gestimmt. Barthold Peter war es auch jetzt wieder, der zur Milde riet. „Bringt Ihr“, sagte er, „die Dithmarschen durch zu harte Bedingungen zur Verzweiflung, so werden sie noch jetzt, ehe der Letzte von ihnen fällt, die Deiche und die Schleusen zerstören, und für viele Jahre ist der Wohlstand des Landes vernichtet. Und ist es denn ein Ruhm für den König von Dänemark und den Herzog von Holstein, wenn man einst von ihnen sagen wird, daß sie keine Gnade haben walten lassen gegen besiegte Feinde? Gibt es denn ein schöneres Vorrecht der Krone, als das Recht der Gnade? Darum bitte ich jetzt für meine besiegten Landsleute; gewährt ihnen persönliche Freiheit und den ungestörten Besitz ihrer Güter, und ich bürgere dafür, daß sie alsdann auch Treue halten werden in dankbarer Anerkennung dessen, daß Ihr sie nicht völlig vernichtet habt, als sie demütig bittend zu Euren Füßen lagen.“

Diese Worte des redengewandten Mannes verfehlten ihre Wirkung nicht. König Friedrich nickte ihm zustimmend zu, und ersuchte dann seinen Oheim, den verwundeten Herzog Adolf, von seinem Lager aus einem Schreiber den Wortlaut der Friedensbedingungen zu dictieren. Auch jetzt waren dieselben noch hart genug; denn sie enthielten u. a. die Bestimmung, daß die Dithmarschen 600 000 Gulden Kriegskosten zahlen und auf jede selbständige Regierung im Lande verzichten sollten; die Acht- und vierziger, Geschworenen und Schlüter sollten sofort ihre Ämter niederlegen, und kein anderes Recht sollte im Lande gelten, als was ihnen von den verbündeten Fürsten verliehen würde. Auch sollten sie alle in früheren Kriegen erbeuteten Fahnen, Kleinodien und andere Sachen, soweit solche noch vorhanden, ohne jegliche Entschädigung zurückgeben und endlich als Bürgschaft für ihre Treue vier- und zwanzig Geiseln stellen. Dagegen wurde ihnen Freiheit ihrer Person und ungeschmälerter Genuß ihrer Habe gewährleistet gegen eine demnächst festzusetzende angemessene Abgabe. So hart diese Bedingungen waren, so blieb doch den Besiegten keine Wahl, und schon am 20. Juni